

Marc Drögemöller

Von Abhängigkeiten, Gegensätzen und Zusammenarbeit. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert

Werther Parteigenosse. Verzeihen Sie, dass ich erst heute Ihren Brief [...] beantwortete. Zuerst war ich verreist, dann hatte ich so furchtbar viel zu tun, dass mir die frühere Beantwortung unmöglich war. Die Organisation unserer Partei dürfen Sie sich nicht zum Muster nehmen. Wir sind im Zuge unserer sehr mangelhaften Vereinigungs-Gesetzgebung gezwungen, uns unter Formen zu organisieren, die wir selbst für durchaus unzulänglich halten [...]. Sie in Holland sind meines Wissens durch gesetzgeberische Fesseln nicht eingeengt, Sie haben volle Bewegungsfreiheit und können deshalb sich ganz nach Bedürfnis organisieren.“¹

Die Ausgangslage hätte kaum unterschiedlicher sein können, als diese Zeilen Anfang Februar 1894 zu Papier gebracht wurden. Der Verfasser: ein starker Parteiführer der deutschen Sozialdemokratie namens August Bebel, der Empfänger: ein weitgehend unbekannter niederländischer Sozialdemokrat mit den Namen Henri Polak, der zu den zwölf Gründungsvätern gehören sollte, die wenige Monate später, im August 1894, das Gegenstück zur SPD gründeten: die SDAP, die *Sociaal-Democratische Arbeiders Partij* in den Niederlanden. Mag die demokratische Verfasstheit in einem, wie Bebel es ferner ausdrückte, „unfreien Lande“ wie dem deutschen Reich und einem „freieren Lande“ wie den Niederlanden bereits ein wesentlicher Unterschied gewesen sein. Das Ende des Sozialistengesetzes, das mehrjährige Verbot der deutschen Sozialdemokratie durch Reichskanzler Otto von Bismarck, war zu diesem Zeitpunkt noch präsent. Eine deutlichere Ungleichheit schälte sich aber in der schlichten Tatsache heraus, dass beide politische Bewegungen, die routinierte SPD und die Rat und Anschluss suchende niederländische Partnerorganisation, in zwei sehr unterschiedlichen Ländern agierten. Dies war jedoch, wie sich zeigen sollte, kein Hindernis, die gegenseitigen Kontakte zu intensivieren.

¹ INTERNATIONALES INSTITUT FÜR SOZIALGESCHICHTE (IISG), *SDAP-Archiv*, Nr. 3, Brief August Bebels an Henri Polak vom 2. Februar 1894. Siehe auch J. PERRY, *De jaren 1894–1919*, in: Ders. u. a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 9–62, hier S. 26. Grundlegend für den vorliegenden Beitrag ist folgende Untersuchung: M. DRÖGEMÖLLER, *Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945–1990*, Berlin 2008.

Im Gegensatz zu ihrem deutschen Vorbild war die SDAP eine „verspätete“ Partei, weil die Industrialisierung in den agrarisch und handelskapitalistisch geprägten Niederlanden später einsetzte als in Deutschland und die Herausbildung einer Arbeiterbewegung und ihrer Organisation hinauszögerte. War die SPD bereits der politische Hort für konfessionslose und protestantische Industriearbeiter und Handwerksleute geworden, so rekrutierte die SDAP aus der zunächst kleinen niederländischen Arbeiterklasse zurückhaltend die klassische sozialistische Anhängerschaft.² Erst langsam vergrößerte die SDAP ihren Radius in der Bevölkerung und erreichte einen stärkeren Zulauf aus der arbeitenden Klasse. Sie erreichte nicht den Status einer Partei wie der SPD, die in einem größeren Land über einen höheren Organisationsgrad und mit ihrem sehr ausgeprägten Vereinswesen über eine erheblich stärkere Schlagkraft verfügte.

Der Hinweis Bebels im Brief an den niederländischen Sozialdemokraten Polak, die SPD nicht als Vorbild anzusehen, war Zeugnis für ein enges, aber ungleiches politisches Schwesterverhältnis. Dem Bollwerk der deutschen Sozialdemokratie stand eine ausbaufähige und insbesondere von jungen Intellektuellen getragene Bewegung gegenüber, die sich in ihrem missionarischen Eifer zunächst auf das wachsende industrielle Proletariat der großen Städte im niederländischen Westen fixierte. Umso stärker war die SPD als inhaltliche und organisatorische Ideengeberin gefragt – den Bekundungen Bebels, seine Partei nicht als Modell heranzuziehen, zum Trotz. Die niederländischen Sozialdemokraten übernahmen bei ihrer Gründung das 1891 verabschiedete Erfurter Programm der deutschen Partei, übersetzten es ins Niederländische und benutzten die Leitlinien als Anleihe für ihre eigene Politik. Eine Abhängigkeit der niederländischen von der deutschen Partei war in diesem Abschnitt der noch frühen Zusammenarbeit nicht zu leugnen. Im Gegenzug bekundete die SPD ihre Solidarität und gab der neu formierten Schwesterpartei politische wie finanzielle Schützenhilfe. Eine der ersten Zuwendungen erhielt die SDAP aus Berlin, wo der SPD-Parteivorstand den niederländischen Geistesverwandten 1.500 Mark als politische Aufbauleistung zur Verfügung stellte.

Trotz der sehr unterschiedlichen Bedingungen, die sich in der Gründungsphase der niederländischen Organisation besonders klar darstellten, war hier eine Verbindung entstanden, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts an Intensität und Gemeinsamkeit gewann, aber auch mit Widersprüchen und Gegensätzen zu leben hatte. Zunächst blieb es Tradition, dass sich die niederländische Partei eng an der Schwesterorganisation in Deutschland orientierte und sie als sozialdemokratisches Musterbeispiel in programmatischer wie strategischer Hinsicht betrachtete. Als die SPD 1918 erstmals zur Regierungspartei aufstieg und mit dem früheren Sattlergesellen Friedrich Ebert den Reichspräsidenten stellte, lobte man die deutsche Partei in den Niederlanden für ihren Zeitgeist. Die SDAP selbst wartete weiter auf die Gelegenheit, Regierungsverantwortung tragen zu können. Seit ihrer Gründung 1894

² Vgl. hierzu stellvertretend B. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PvdA 1878–1977*, Amsterdam 2002.

dauerte das Ausharren der Sozialdemokratie in den Niederlanden 45 Jahre, ehe sie 1939 gemeinsam mit Konfessionellen und Linksliberalen ein Kabinett gründen konnte.

Erst in den 1930er Jahren zeigte sich, dass sich die niederländische Partei aus der Nähe zur SPD zu lösen begann und langjährige Strukturen aufbrachen. Die deutsche Schwesterpartei verlor ihren Status als Partei mit Vorbildcharakter und es schien, als sei die SDAP „erwachsen“ und von der großen Schwester unabhängig geworden. Erstmals in der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen äußerte die niederländische Partei 1933 Kritik an der SPD, nachdem sie sich in den Jahrzehnten zuvor stets achtend oder, in schwierigen Situationen wie beim Beginn des Ersten Weltkriegs 1914, zumindest loyal verhalten hatte. Nun, nach der Machtergreifung Hitlers im Januar 1933, kritisierte sie mit unverhohlener Deutlichkeit, dass die SPD dem Aufstieg des Nationalsozialismus energischer hätte entgegentreten und einen Bürgerkrieg hätte riskieren müssen. Der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Johan Willem Albarda, den deutschen Parteifreunden eine Solidaritätsadresse zu schicken, wurde brüsk zurückgewiesen. Nicht Sympathie, sondern offene Kritik sei am Platze, hieß es im Februar 1933 im Kreis seiner Vorstandskollegen.³

Neben dem Unmut über die Ohnmacht der Sozialdemokratie in Deutschland ging die SDAP programmatisch neue Wege. In einem neuen Grundsatzzprogramm aus dem Jahre 1937 entrümpelte sie den überflüssigen ideologischen Ballast und schrieb ihren Reformismus als politischen Grundsatz fest. Der SPD fehlte dagegen als verbotener Organisation Kraft und Gelegenheit, sich als Traditionskohorte aus Weimarer Zeiten politisch und programmatisch zu verändern. Das Verhältnis zwischen beiden Schwesterorganisationen begann sich unter den Vorzeichen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und mit Blick auf die kontinuierliche inhaltliche Erneuerung der niederländischen Partei zu wandeln.

Dieser Prozess setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Nicht die SPD, sondern die britische *Labour Party* rückte als Prototyp einer erfolgreichen Regierungspartei in den Fokus der niederländischen Sozialdemokratie, die zugleich den Namen für die neu begründete *Partij van de Arbeid*, kurz PvdA, übernahm. Neu war auch der Ansatz, mit einem Durchbruchgedanken eine größere Wählerschaft zu erreichen und die Versäulung der niederländischen Gesellschaft zu überwinden. Die SPD war dagegen zunächst nicht in der Lage, inhaltlich und taktisch in neuen Kategorien zu denken, zu sehr war sie als Klassenpartei mit ihrem eigenen Wiederaufbau beschäftigt. Stattdessen wirkte der Kontrast zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie in den Folgejahren wie ein Rollentausch, der die SPD als „verspätete“ Organisation aussehen ließ. Die deutsche Partei kehrte erst 1966 als Juniorpartnerin in Großer Koalition mit den erfolgreichen Regierungsparteien CDU und CSU an die Macht zurück, während die Sozial-

³ Zitiert nach U. LANGKAU-ALEX, *Die deutsche sozialdemokratische Emigration in den Niederlanden nach 1933. Ein Überblick am Beispiel der Stadt Amsterdam*, in: K. DITTRICH/H. WÜRZNER (Hrsg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933–1940*, Königstein 1982, S. 91–106, hier S. 93.

demokraten in den Niederlanden ab 1945 regierten und ab 1948 für zehn Jahre mit Willem Drees den Ministerpräsidenten stellten. Der „niederländische Adenauer“ war Garant für Vertrauen und Stabilität und ebnete seiner Partei den Durchbruch als erfolgreiche Regierungspartei. Sozialdemokraten wurden in den Niederlanden nicht mehr nur in Notsituationen oder Ausnahmefällen für das Regierungshandeln benötigt.

Die Rückständigkeit der deutschen Schwester betraf im Vergleich mit der niederländischen Organisation vor allem die programmatische Ebene. Die PvdA gewann die Wahlen nicht wegen einer gezielten Propaganda, sondern aufgrund der Fortschrittlichkeit ihrer Programmatik und dem guten Personalangebot mit der beliebten Vaterfigur Drees. Die Situation der SPD machte den niederländischen Parteifreunden dagegen Sorgen und ließ sie intensiv über die Frage kreisen, wie es mit der deutschen Schwester weitergehen sollte. Vergebens forderte die PvdA von der SPD nach dem Krieg ein neues Grundsatzpapier und einen neuen Parteinamen, eine Art Generalüberholung. „Warum hat man nicht 1945 oder 1946 versucht, das in Deutschland zu tun, was in Holland gelungen ist, eine neue Partei zu gründen?“, so die selbstbewusste Frage von Wim Thomassen, der die PvdA als Vorstandsmitglied auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1947 vertrat.⁴

Warum war man in der niederländischen Partei an einer engen Zusammenarbeit interessiert, die am besten noch unter ähnlichen inhaltlichen Voraussetzungen organisiert sein sollte? Lag es an der Gewohnheit und der guten alten Tradition, mit der Sozialdemokratie in Deutschland programmatisch in einer Spur zu laufen? Die PvdA jedenfalls bedauerte die Entwicklung auf Seiten der SPD außerordentlich. Sie erkannte frühzeitig, dass es vor dem Hintergrund des internationalen Klimas und der europäischen wie deutschen Teilung darauf ankam, Partnerschaften zu entwickeln und gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Die deutsche Schwesterpartei identifizierte man als wichtigen Schlüssel für eine notwendig gewordene Gemeinschaftsarbeit auf europäischer Ebene. Dazu galt es, so die vorherrschende Meinung, auch inhaltlich möglichst im Gleichklang vorzugehen, um den Absichten Gewicht zu verleihen.

Die SPD erkannte diesen Wert erst später. Ihr Erneuerungsprozess brauchte Zeit. Mit dem Godesberger Programm von 1959 wurden die Hebel umgelegt und ein endgültiger Schlussstrich unter die Weimarer Republik gezogen. Das Manifest schuf das Fundament, auf dem sich eine von breiten Schichten getragene und regierungsfähige Volkspartei entfalten konnte. Das niederländische Konzept einer gegenüber dem bürgerlichen und insbesondere katholischen Lager geöffneten Partei, die zudem als eine von wenigen sozialdemokratischen Ausnahmen in Westeuropa regierte, war von SPD-Politikern aufgenommen und mit Respekt begleitet worden. „Bemerkenswert für deutsche Sozialdemokraten ist besonders die Tatsache, dass den holländischen Sozialisten schon in den 1950er Jahren in dem traditionell so konfessionell orientierten Lande ein politischer Durchbruch gelungen war.

⁴ *Grüßwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg*, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg*, S. 23.

Dort wurde vorweggenommen, was hierzulande erst seit 1959 intensiv begonnen hat“, so der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt in einem Beitrag am Ende der 1960er Jahre.⁵ Zusammen mit dem zweiten Meilenstein in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, der Anerkennung der Adenauerschen Westintegration durch den stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner im Juni 1960, war der Zeitpunkt gekommen, von dem ab die gegenseitigen Kontakte zwischen PvdA und SPD zu einem strategisch geordneten und intensiv geführten Verhältnis aufstiegen, das in seiner Qualität an die Tradition guter Verbindungen früherer Jahrzehnte erinnerte.

Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg hatte sich gezeigt, dass das Erbe verwurzelter Parteibeziehungen die Herrschaft der Nationalsozialisten überdauerte. Die gemeinsame Schnittmenge der sozialdemokratischen Grundströmung bereitete PvdA und SPD einen nach kurzen atmosphärischen Störungen fast reibungslosen Neuanfang ihres Verhältnisses. Es wurde deutlich, dass das Bündnis über Traditionsbestände und bekannte Mechanismen der gegenseitigen Kooperation verfügte, die wieder aufgefrischt wurden. Nach einer erstaunlich kurzen Zeit fand sich die pragmatische Partei in den Niederlanden bereit, auf die SPD zuzugehen und mit ihr den Blick nicht zurück auf die schweren Jahre des Krieges und der Besatzungszeit, sondern nach vorn in die Zukunft zu richten. Als dienlich erwiesen sich auf diesem Weg die angedeuteten sicherheitspolitischen Erkenntnisse, die wie ein Katalysator die parteiinterne Entscheidungsbildung beeinflussten. Dahinter stand die Zielsetzung, den Westen Deutschlands in die westlichen Allianzen einzu beziehen. Alle herausragenden Repräsentanten der PvdA wie Willem Drees, der Parteichef Koos Vorrink und der Fraktionsvorsitzende Marinus van der Goes van Naters traten den Deutschen versöhnlich gegenüber und waren bereit, diesen Weg innenpolitisch zu kommunizieren. Die Zusammenarbeit beider Parteien war bereits zwei Jahre nach Kriegsende mehr als nur eine reine Vernunfttatsache. Dies unterstrich der Einsatz der PvdA, die mit Überzeugung für den deutschen Wiederaufbau warb und die SPD beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands förderte. Ein Engagement, das nicht ohne Eigennutz war. In den Niederlanden setzte sich neben dem sicherheitspolitischen Erkenntnisgewinn die Einsicht durch, dass der eigene Wiederaufbau ohne den wirtschaftlichen Austausch mit einem wieder errichteten Deutschland nur schwerlich gelingen würde. Als eine der ersten sozialdemokratischen Parteien auf europäischer Ebene bekannte sich die niederländische Organisation zur Wiederaufnahme der SPD in die *Sozialistische Internationale*. Ihren Einsatz für die Rehabilitierung der SPD verstand die PvdA als Ausdruck internationaler Solidarität mit einer Partei, von der sie bis in die 1930er Jahre hinein profitiert hatte und zu der sie bei allen Unwägbarkeiten auch in der Exilzeit Kontakt hielt.

Von entscheidender Bedeutung für den Annäherungsprozess war die Freundschaft zwischen Koos Vorrink und dem zweiten SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer. Beide kannten sich bereits seit den 1920er Jahren aus der

⁵ H. SCHMIDT, *Freunde in Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft* 2 (1967), S. 159.

internationalen Jugendbewegung und gaben der neu begonnenen Zusammenarbeit eine persönliche Note. Im Gegensatz zu den Verbindungen zwischen Vorrink und dem deutschen Parteichef Kurt Schumacher, die nie richtig zueinander fanden, funktionierte das Miteinander der beiden langjährigen Weggefährten auch in schwierigen Situationen. Neben der besonderen Komponente der Parteibeziehungen waren es diese persönlichen Kontakte, die eine wichtige Rolle für die Intensität des Verhältnisses zwischen PvdA und SPD spielten.

Dies bewies auch das politische Wirken Alfred Mozers, der eine Ausnahmeerscheinung darstellte. Die persönliche Spagatexistenz des 1933 in die Niederlande geflüchteten Deutschen und seine Funktion als internationaler Parteisekretär der PvdA machten ihn zu einem wichtigen Baustein der deutsch-niederländischen Beziehungen, was die Kontakte zwischen PvdA und SPD besonders nachhaltig erfuhren. Mit seiner Sachkenntnis zum politisch-kulturellen Klima der beiden Nachbarn und seinen zahlreichen persönlichen Verbindungen wirkte er in die Meinungsbildung beider Parteien hinein und leistete Überzeugungsarbeit, auch wenn er nicht immer auf ungeteilte Zustimmung traf. Sein Einsatz für ein integriertes Europa ließ ihn über die Grenzen beider Länder bekannt werden und führte ihn in den 1950er Jahren wegen seiner starken Überzeugung zu schweren Auseinandersetzungen mit der SPD.⁶

Auch dank der Unterstützung Mozers bewies die PvdA in den ersten Nachkriegsjahren Weitsichtigkeit, weil sie zur Einbeziehung Deutschlands aufrief. Ihr Engagement für die Rückkehr der SPD in die internationale Zusammenarbeit betrachtete man als ein Stück deutscher Integration in Europa. Eine Normalisierung der Parteibeziehungen vollzog sich trotz des hier und da noch unterschwellig vorhandenen Misstrauens unter den niederländischen Parteifreunden sehr rasch und deutete an, dass das Verhältnis schon vor der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr durch die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg belastet war, sondern unter dem Eindruck des gemeinsamen Wiederaufbaus und des sich abzeichnenden Kalten Krieges stand. Es erwuchs eine revitalisierte Partnerschaft, die einer Gemeinschaft mit gleichen oder ähnlichen Interessenlagen glich, verbunden mit der Lage ihrer beiden Länder.

In den 1950er Jahren zeigte sich jedoch, dass es mit der Einhelligkeit nicht so weit her war, wie es zunächst den Anschein machte. In der niederländischen Regierungspartei PvdA war man endgültig zu dem Bewusstsein gelangt, dass eine militärische Sicherheit vor der Sowjetunion aus dem eigenen niederländischen wie auch europäischen Bedürfnis heraus nur mit der Bundesrepublik gegeben sein würde.⁷ Der westdeutsche Nachbar musste, so die niederländischen Gedankengänge, in die westliche Zusammenarbeit eingeschweißt werden. Die PvdA bekannte sich mit großer Unterstützung

⁶ F. WIELENGA, *Alfred Møzer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, in: W. MÜHLHAUSEN, *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 215–230.

⁷ Vgl. hierzu F. WIELENGA, *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955*, Utrecht 1989; Ders., *Vom Feind zum Partner*, Münster 2000.

zum atlantischen Bündnis, das 1949 auch von ihrer Regierung mit gegründet wurde und einen Schlusstrich unter die langjährige niederländische Neutralitätspolitik setzte. Der Einsatz für ein integriertes, möglichst supranationales Europa und das treue Wirken an der Seite der Amerikaner bildeten fortan die zwei Seiten einer Medaille niederländischer Außenpolitik, die die Sozialdemokratie in diesen Jahren mitbestimmte. Die PvdA galt bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein als eine nationalstaatstreue Partei, ehe eine zur Radikalität neigende Parteijugend unter der Etikette der „Neuen Linken“ dieses gewohnte Bild ins Wanken brachte.

Umso erzürnter zeigte sich die niederländische Sozialdemokratie nach 1949, dass sich die SPD nicht vor den Karren europapolitischer Ideen spannen ließ. Das realistische Maximalziel, eine Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft, wies Schumacher zurück, weil er hierdurch seine forcierten Wiedervereinigungshoffnungen gefährdet sah. Für ihn war es von zentraler Bedeutung, die Einheit der Nation als Nah- und nicht als Fernziel in den Mittelpunkt zu rücken. Mit dem ausschließlichen Charakter seiner Forderungen und seiner Kompromisslosigkeit machte er seine Partei zu einer außenpolitischen Außenseiterin. Für die PvdA blieb unverständlich, dass sich die SPD nicht zu einem westlich-europäisch geprägten „Wir-Gefühl“ bekannte und den Deutschen stattdessen einen nationalen Patriotismus vorlebte. In den Niederlanden war man an einer strategischen Zusammenarbeit interessiert und erhoffte sich Fortschritte im europäischen Integrationsprozess.

Die PvdA musste stattdessen akzeptieren, dass die von ihr unterstützte Bündnispolitik nicht von der Schwesterpartei, sondern von der durch Konrad Adenauer geführten konservativen Bundesregierung gestützt und mit Erfolg vorangetrieben wurde. Unermüdlich versuchte die PvdA, ihre deutschen Parteifreunde von einer Umkehr in der Außenpolitik zu bewegen. Auch wenn die niederländischen Initiativen bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar waren, wirkten sie sich auf die SPD kontraproduktiv aus. Je mehr die PvdA ihren Eifer vorantrieb, desto stärker zog sich die SPD in einen inneren Schmollwinkel zurück. Mit der Absage der SPD, an Parteitag der PvdA teilzunehmen, und dem Verbot für Mozer, auf Veranstaltungen der deutschen Sozialdemokratie als Redner aufzutreten, war der Tiefpunkt in einem bis 1949 nahezu wiederhergestelltem Parteienverhältnis erreicht. Der Ärger blieb in den 1950er Jahren mehr die Regel als die Ausnahme. Als Mozer 1957 auf einer seiner vielen Deutschlandreisen mitten im Bundestagswahlkampf die Europapolitik der SPD kritisierte, mokierte sich SPD-Pressechef Fritz Heine über die „höchst willkommene Wahlbombe“, die nach dessen Aussagen platzen würde. Mozer, der sich schon früher über die „Spitzelberichte“ beschwert hatte, mit denen er vom Genossen Heine angeblich verfolgt werde, reagierte mit polemischen Vorwürfen an die SPD-Parteizentrale. Er glaube, erwarten zu dürfen, „dass mir das unwürdige Benehmen erspart bleibt, das den Polizeispitzelmanieren roter oder brauner Diktaturen näher steht als der Tradition der deutschen Sozialdemokratie.“ Seinem deutschen Parteifreund Heine warf Mozer ein „ingerostetes Urteil“

vor und verglich dessen Kritik mit der Kampagne, die die CDU gegen den früheren Kommunisten Wehner betrieb.⁸

Der Zwist beider Organisationen blieb in diesem Ausmaß einmalig und war nicht mit ihren Beziehungen zu anderen sozialdemokratischen Schwesterparteien vergleichbar. In solch schwierigen atmosphärischen Störungsfällen waren die langjährigen persönlichen Kontakte besonders gefragt. Nur mit Mühe gelang es Vorrink und Ollenhauer, den Gesprächsfaden zwischen SPD und PvdA aufrechtzuerhalten. Erst am Ende des Jahrzehnts, als beide Parteien sich und ihre Standpunkte akzeptierten und die SPD ihren Kurswechsel einschlug, begannen sich die schweren Spannungen allmählich aufzulösen. Mit der Bejahung der Westintegration durch die SPD im Juni 1960 stellte sich aus Sicht der niederländischen Sozialdemokratie jene Normalität in den Parteibeziehungen ein, nach der man seit Jahren Ausschau gehalten hatte. Dank der programmatischen Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie war der Grundstein für einen geeigneten Ausgangspunkt gelegt, von dem ab das von der PvdA angepeilte Ziel einer strategischen Partnerschaft mit der SPD nicht länger eine Vision blieb.

In der niederländischen Parteiführung empfand man es als entspannend, dass das Verhältnis mit der deutschen Partei nach den schweren Auseinandersetzungen nun endlich in einer einförmigen Spur verlief. Die PvdA zeigte sich erfreut, dass die SPD ihr Erscheinungsbild mit dem Ziel verfeinerte, nach den Ländern auch im Bund Regierungsverantwortung zu übernehmen. Mit der Entschiedenheit ihrer beiden von niederländischer Seite geschätzten Sicherheitspolitiker Fritz Erler und Helmut Schmidt näherte sich die SPD dem atlantischen Bündnis an und vollendete einen internationalen Anpassungsprozess, der den Vorstellungen der PvdA entsprach. Die SPD war politisch endgültig im Westen angekommen und die Bundestagsrede Herbert Wehners aus dem Juni 1960, in der er die Westintegration als Grundpfeiler westdeutscher Außenpolitik anerkannte, weit mehr als nur ein Lippenbekenntnis geblieben.

In den Reihen der PvdA wartete nun man geradewegs auf eine Machtübernahme der SPD, von der man sich nicht nur Veränderungen in der Außen- und Europapolitik, sondern auch innere Reformen in der Bundesrepublik erhoffte. Die niederländische Schwesterpartei verknüpfte mit der Regierungsverantwortung der SPD ein strategisches Ziel und das politische Kalkül, in einer solchen Konstellation direkter in die deutsche Politik eingebunden zu sein. Dies war zugleich eine wichtige Quelle der gegenseitigen Zusammenarbeit, weil man über die vorhandenen Kanäle in die Belange der jeweiligen Partei und des jeweiligen Landes eingeweiht war und Einfluss nehmen konnte. Auf den politischen Nutzen kam es in dieser Direktverbindung an. Als Vertreterin des kleineren Landes war es die PvdA, die diese Gelegenheit der politischen Einwirkung stärker und häufiger für sich in Anspruch nahm als die SPD, die ihre Schwerpunkte anders setzen musste. Ein vielseitiger Austausch beider Parteien mit regelmäßigen Kontakten zwischen

⁸ INTERNATIONALES INSTITUT FÜR SOZIALGESCHICHTE (IISG), *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Fritz Heines an Alfred Mozer vom 4. April 1957.

den internationalen Sekretären, Vorstandstreffen und Besuchen von Parlamentariern zeigte, dass auch den deutschen Parteifreunden an gegenseitigen Konsultationen gelegen war und sie den strategischen Wert erkannten.

Mit der Entscheidung der deutschen Schwesterpartei, den auch in den Niederlanden anerkannten Berliner Bürgermeister Willy Brandt in die Wahlkämpfe gegen die politischen Schwergewichte Konrad Adenauer und dessen Nachfolger Ludwig Erhard zu schicken, fand sich die niederländische Partei in vollem Einklang. Man spürte, dass die SPD nach ihrer programmatischen Überholung nun auch personell in die Lage gekommen war, den angestrebten Bonner Machtwechsel einzuleiten. Zusammen mit Gustav Heinemann, dem ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten, stieß der 1969 gewählte Bundeskanzler auf großes Vertrauen in den Niederlanden, weil beide für ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus anerkannt waren. In einer Zeit, als die Selbstbeschäftigung mit der eigenen Vergangenheit in einem von den Deutschen überfallenen Land wieder stärker in den Vordergrund rückte, begrüßte die niederländische Öffentlichkeit den doppelten Wechsel an der Spitze der Bundesrepublik. Von der Integrität der zwei Sozialdemokraten profitierte nicht nur das deutsch-niederländische Verhältnis, sondern insbesondere auch das ihrer beiden Parteien. Erstmals nach langen Jahren hegte die PvdA gegenüber der deutschen Schwesterpartei wieder eine Art der politischen Bewunderung, weil die SPD mit ihrem Reformkabinett nicht nur innere Umgestaltungen anpackte und ein Mehr an Demokratie ankündigte, sondern sich ganz selbstbewusst an die Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn heranwagte und deutsch-deutsche Realitäten anerkannte. Für das Mitte-Links-Bündnis von Joop den Uyl, dem zweiten sozialdemokratischen Premier in den Niederlanden, der zwischen 1973 und 1977 das Land regierte, besaßen Brandt und seine erzeugte Aufbruchstimmung Vorbildcharakter.

Der positive Gesamteindruck des Verhältnisses zwischen PvdA und SPD in den 1960er Jahren wurde geschmälert durch den Wandlungsprozess der niederländischen Schwesterpartei, der auch für die deutschen Parteifreunde Folgen haben sollte. In der PvdA war eine aufmüpfige Parteijugend vor dem Hintergrund der in Auflösung befindlichen gesellschaftlichen Verkrustungen damit begonnen, der eigenen Mutterpartei programmatisch ein neues Gesicht zu verpassen. Die sogenannte Neue Linke plädierte für eine neue Wahrnehmbarkeit der Politik und brach mit der alten „Regentenmentalität“ versäulter niederländischer Strukturen, an denen die PvdA maßgeblich beteiligt war. Mit einer auf Provokation setzenden Polarisierungsstrategie zog Nieuw Links eine Grenze zum politischen Hauptgegner, der katholischen Partei, und entfachte politische Brandherde, die man für die eigene Profilierungssucht und den Aufstieg als feste Parteigröße einsetzte. Die jugendhaften Erneuerer rüttelten an jahrzehntelangen Traditionsbeständen der Partei und störten das Establishment mit ihrem Forderungskatalog, der auch das als versiegelt geltende außenpolitische Terrain aufbrach. Die Infragestellung der niederländischen NATO-Mitgliedschaft war für die mehrheitlich atlantisch orientierten Verbündeten in der PvdA ein ebenso kräftiger Seitenhieb wie das Plädoyer für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Das traditionelle Lager der niederländischen Sozialdemokratie fühlte sich und

in seiner antikommunistischen Haltung angegriffen und wies das Ansinnen mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zurück. Dennoch verloren die etablierten Außenpolitiker wie Max van der Stoel 1969 den Kampf gegen die Neue Linke, als ein Parteitag die Anerkennungsfrage positiv bewertete und eine inzwischen zu Temperament und Turbulenz neigende Basis bereit war, die DDR aufzuwerten.⁹

Für die SPD schien die alte Schwesterpartei ob dieser Vorgänge kaum wiederzuerkennen. Für sie zeigte sich in dieser Phase die Kehrseite der engen Kooperationsform, weil die PvdA die SPD bei ihrer Vorbereitung einer neuen Ost- und Entspannungspolitik empfindlich störte. Die Beziehungen, so der Eindruck in Bonn, waren nach einem erfolgreichen Abschnitt wieder in schwierigeres Fahrwasser geraten. Man erkannte, dass die Neue Linke in der PvdA mit der bewährten Zusammenarbeit zwischen zwei Schwesterparteien und der gegenseitigen Solidarität nicht viel im Sinn hatte. Mit Enttäuschung kommentierte die deutsche Parteispitze den niederländischen Parteitagbeschluss, der für die in den Anfängen ihrer Ostpolitik stehende SPD zur Unzeit kam. Trotz des beginnenden Qualitätsverlustes im Verhältnis mit der PvdA blieb man in Bonn einigermaßen gelassen, weil Nieuw Links die etablierten Parteipolitiker wie Joop den Uyl und Max van der Stoel mit ihrem innerparteilichen Aufwind nicht verdrängte. Aus dem Blick der SPD-Führung wirkte beruhigend, dass die Kooperation mit den befreundeten Funktionsträgern der PvdA in bekannter Verlässlichkeit funktionierte.

Gehörte es für die Vertreter der älteren Parteigarde wie Willem Drees oder Koos Vorrink sowie den ihnen nachfolgenden Kollegen namens Joop den Uyl oder Max van der Stoel zum politischen Kodex, keine antideutschen Ressentiments zu äußern, so brach der von Nieuw Links dominierte Vorstand auch mit dieser Haltung und setzte sich unverhohlen mit der deutschen Innenpolitik auseinander. Schon die politische Begeisterung für die DDR, 1975 in der naiven These gipfelnd, der Mauerbau sei historisch richtig gewesen, zeigte, dass man zu der kritisch beäugten Bundesrepublik mit ihrer Größe und ihrer Wirtschaftsmacht ein geeignetes Gegenstück suchte. Die als besseres Deutschland titulierte DDR, gleichsam zum sozialistischen Idealbild hochstilisiert, war der Fundus, mit dem man die Polarisierungsstrategie auch auf die Bundesrepublik und die SPD übertrug. Dabei übersah die Neue Linke in den Niederlanden, sich selbst als moralische Instanz mit erhobenem Zeigefinger präsentierend, bewusst oder ganz unbewusst die Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Der kritische Blick auf das als zu mächtig empfundene Westdeutschland entschwand nur für kurze Zeit, als mit Willy Brandt ein Politikertyp die Bonner Bühne betrat, den auch Nieuw Links als Idol einer anderen Politik feierte.

Sein Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Helmut Schmidt, räumte mit diesen Illusionen auf. Nicht verwunderlich, dass sich die Parteibeziehungen während seiner Amtszeit deutlich verschlechterten. War der frühere Exilant Brandt in den Augen vieler niederländischer Parteifreunde

⁹ Vgl. hierzu J. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989*, Münster 2002, S. 224 ff.; F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, Münster 2000, S. 145 ff.

nicht nur ein „guter“ Deutscher, sondern wegen der Reformpolitik auch ein guter Sozialdemokrat, so sah man in Schmidt nur den kühlen und berechnenden Macher. Sein „Modell Deutschland“ rief tiefes Misstrauen hervor, sein als technokratisch, bürgerlich und arrogant empfundener Politikstil wurde mit „typisch“ deutschen Eigenschaften abschlägig belegt. Verschiedene Maßnahmen seiner sozialliberalen Regierung und der Umgang mit dem RAF-Terrorismus riefen große Entrüstung hervor. Dass Schmidt am Ende der 1970er Jahre einer der Initiatoren des NATO-Doppelschlusses wurde, verstärkte die Antipathien auf niederländischer Seite. Die Abneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Der wegen seiner preußischen Tugenden ungeliebte Regierungschef sah den verjüngten Parteivorstand der PvdA aus dem eigenen verantwortungsbewussten Blickwinkel nicht weniger kritisch. Wie sein Freund Max van der Stoep störte er sich an der gesinnungsethischen Veranlagung der Jungpolitiker und ließ sie, wie im übrigen auch in seiner eigenen Partei, links liegen. Die Existenz eines diesem schwierigen Abschnitt angemessenen bilateralen Parteienverhältnisses, das nun einer offenen Konfliktgemeinschaft glich, wurzelte nun umso mehr in der Kooperation einzelner Personen, ihrer Freundschaften oder ihrer gegenseitigen Routine und war in diesem Abschnitt weniger das Resultat gleicher Standpunkte.

In der Nachrüstungsfrage, die am Ende der 1970er Jahre aufkam, weil die Sowjetunion Westeuropa durch die Aufstellung von Mittelstreckenraketen bedrohte, wurden die politischen Gegensätze einmal mehr deutlich. Die mögliche Produktion neuer Waffensysteme und ihre anschließende Stationierung vor der Haustür, der eindrucksvolle Protest einer öffentlichen Gegenbewegung und die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bildeten zwischen 1977 und 1983 den Gegenstand schwerer Kontroversen innerhalb und außerhalb der Parteien. Der NATO-Doppelbeschluss aus dem Jahre 1979, der bei Misserfolg vierjähriger Verhandlungen zwischen Moskau und Washington die Nachrüstung vorsah und als Antwort auf die Aufstellung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen gedacht war, sorgte für zunehmendes Unbehagen und Gegnerschaft auch zwischen SPD und PvdA, zumal Helmut Schmidt aus Sicherheitsgründen zu den Wegbereitern der Entscheidung gehörte. Zudem mussten die zwei Parteien feststellen, dass nach der politischen Entspannung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die militärische Entspannung in der zweiten nicht folgte.

Hatte die niederländische Sozialdemokratie eine Machtübernahme der SPD zu Beginn der 1960er Jahre nachhaltig unterstützt, so stellte sich am Anfang der 1980er Jahre die Erleichterung darüber ein, dass die deutsche Schwesterpartei die Regierungsbänke nach dem Ende der Ära Schmidt wieder verließ. Nicht nur der folgende außenpolitische Kurswechsel in der Nachrüstungsfrage war in der PvdA mit Zufriedenheit aufgenommen worden, auch der neue Anspruch Brandts, gesellschaftlichen Bewegungen, der Friedensbewegung im Besonderen, als Oppositionspartei wieder stärker entgegenzutreten, fand einhelligen Beifall. Während die SPD nach dem Ende als Regierungspartei tief durchatmete und ein Stück nach links rückte, orientierte sich die PvdA stärker an realistischen Vorstellungen und kehrte nach ihrem Linksschwenk in die linke politische Mitte zurück. Diese

strategischen Neuaufstellungen beider Organisationen bildeten den Hauptgrund für die Entspannung ihres Verhältnisses, das zu einer soliden und freundschaftlichen Interessengemeinschaft zurückkehrte, die sie fortan geblieben ist. Beide Parteien interessierten sich nach wie vor für die Politik des anderen und nahmen gerne Anschauungsunterricht, wenn es der eigenen Strategie dienlich erschien. So studierte Bundeskanzler Gerhard Schröder das „Poldermodell“ seines Parteifreundes Wim Kok am Ende der 1990er Jahre, um es für das geplante (und gescheiterte) Bündnis für Arbeit heranzuziehen.

Das Parteienverhältnis zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie im 19. und insbesondere im 20. Jahrhundert ist von Abhängigkeiten, Gegensätzen und Zusammenarbeit geprägt gewesen. Dennoch waren und sind SPD und PvdA in erster Linie Vertreterinnen ihrer beider Länder. Die Verknüpfung mit der politischen Kultur, den Ansprüchen und Anforderungen sowie der Rolle des jeweiligen Landes in den internationalen Beziehungen ist für beide Parteien stets das überlegene Argument gewesen. Erst danach war Platz für die Bedeutung der gemeinsamen ideologischen Herkunft. Diese bildete zugleich den Kitt, um die nach 1945 schwierige internationale Situation vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes anzugehen. Denn beide Seiten waren nach dem Krieg auf Partner angewiesen, mit dem sich weitreichende Ziele in der Sicherheits- und Europapolitik voranbringen ließen. Die PvdA konzentrierte sich nach erstaunlich rascher Zeit auf die SPD, mit der sich im Vergleich zu der geschätzten britischen *Labour Party* mehr Gemeinsamkeiten erkennen ließen und dies trotz der zunächst präsenten Diskrepanzen. Das enge Band zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie die lange Tradition der gegenseitigen Parteikontakte seit dem 19. Jahrhundert haben hier den Ausschlag gegeben.

Streit und Gezänk bestimmten die Kontakte in den verschiedenen Abschnitten genauso wie eine gemeinsam initiierte Kooperation der Politik im europäischen Kontext. Je nach Klima des gegenseitigen Verhältnisses und dem Zugang ihrer handelnden Akteure zueinander veränderte sich der Beziehungsrhythmus und war mal mehr und mal weniger fest organisiert. Der Gesprächsfaden aber riss seit der Gründungsphase der niederländischen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert nie ab. Im Gefüge der deutsch-niederländischen Nachbarschaft besaß diese Parteienverbindung einen festen Platz. Als sozialdemokratische Vertreterorganisationen nutzten SPD und PvdA ihre gemeinsame ideologische Schnittmenge zur Einschaltung in das nicht immer unproblematische Verhältnis der beiden Länder. Ihnen fiel häufig die indirekte Aufforderung zu, in Fragen deutsch-niederländischer Verletzbarkeiten zu vermitteln und einen Beitrag zur Verständigung zu liefern. Beide Parteien waren in ihrem organisierten Beziehungsgeflecht ohnehin dauerhaft mit den politischen Belangen beider Länder befasst und daher prädestiniert für wichtige Vermittlungsdienste. Im Gegenzug erreichte sie die Welle des Missmuts sehr schnell, wenn es in den Beziehungen der beiden Nachbarn zu Schwierigkeiten kam. Die geografische Nähe zweier unterschiedlicher Nachbarn, das untrennbare Erlebnis des Zweiten Weltkriegs und die Folgen der deutschen und europäischen Teilung bildeten die Basis für eine abwechslungsreiche und ausgeprägte Kooperationsform auf bilateraler wie europäischer Ebene.